

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 8 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 23. Februar 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Der Kampf gegen den Lebensmittelwucher. — Friedensvermittlungsversuche der Gewerkschaften. — Die Kosten des Weltkrieges. — Bericht über die Sitzung der Zentralkartellkommission für das Leder- und Schuhgewerbe. — Die Banken im modernen Wirtschaftsleben. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Rechtsprechung. — Sozialales. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 25. Februar bis 3. März 1917 ist der 9. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pfllicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Der Kampf gegen den Lebensmittelwucher.

Von befreundeter Seite wird dem „Grundstein“ geschrieben: Die beiden hauptsächlichsten Uebel, unter denen unsere Volksernährung während des schon viel zu lange dauernden Krieges zu leiden hat, sind die Knappheit an Lebensmitteln und die hohen Lebensmittelpreise. Die Teuerung ist an und für sich eine Folge des Mangels an Waren; denn es ist ein volkswirtschaftliches Gesetz, daß in der kapitalistischen Wirtschaft die Waren im Preise steigen, wenn sie seltener werden. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden, weil der vielgerühmte „Kriegssozialismus“, der nach dem Rezept arbeitet: „Wach den Preis, aber mach ihn nicht maß!“ nicht imstande ist, Wandel zu schaffen. Was uns aber allesamt aufs höchste empört, ist der Umstand, daß es die Lebensmittelwucherer fertig gebracht haben, neben dieser gewissermaßen natürlichen Teuerung noch eine künstliche Verteuerung des notwendigen Bedarfs herbeizuführen, die geradezu zum Himmel schreit. Es werden heutzutage ausnahmslos Preise gefordert und bezahlt, die sich in keiner Weise rechtfertigen lassen. Gewiß bedingen die gesteigerten Kosten der Warenerzeugung sowie ihrer Verarbeitung und Verteilung höhere Preise, und es wäre ein Unding, sich dagegen sträuben zu wollen; aber wenn die auf die Spitze getriebene Erwerbsgier der Produzenten und Händler noch außerdem unverhältnismäßig hohe Gewinne erstrebt und auch einbringt, so ist das ein Zustand, den der Staat unter keinen Umständen länger dulden darf. Oder ist es nicht ein Skandal sondergleichen, daß in einer Zeit, in der die große Masse der Bevölkerung, von den Kriegern im Felde ganz zu schweigen, die größten Opfer bringen muß, gewissenlose Elemente dem Volkstörper das Blut aussaugen und davon dick und fett werden, daß in einer Zeit, die das solidarische Handinhandarbeiten aller Bevölkerungsschichten dringender als jemals fordert, einzelnen Schichten die Möglichkeit gewährt wird, die Massennot in eine Goldgrube umzuwandeln?

Zweifellos ist der Kampf gegen den Lebensmittelwucher die wichtigste Aufgabe unserer inneren Politik, weil durch die künstlich herbeigeführte Verteuerung aller Lebensmittel die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden unseres Volkes aufs schlimmste geschädigt und gefährdet wird. Nun ist zuzugeden, daß in dieser Beziehung unsere Staatsgewalt Anläufe genommen hat, um den Preistreibern die Kräfte zu beschneiden. Die Pflicht ist augenscheinlich vorhanden, die Preise nach oben hin zu begrenzen, um auf diese Weise auch den minderbemittelten Volksschichten die Möglichkeit zu

geben, ihren Bedarf zu wenigstens halbwegs erträglichen Preisen zu decken. Es sind für zahlreiche Verbrauchsgegenstände Höchstpreise oder wenigstens Höchstpreise festgesetzt und es sind Verordnungen erlassen worden, um die übermäßige Preissteigerung für Gegenstände des täglichen Bedarfs zu verhindern. Auch noch in anderer Weise haben sich die Behörden bemüht, Preisbeschränkungen durchzusetzen und den Preiswucher zu unterbinden. Aber leider sind die Erfolge im Verhältnis zu der aufgewandten Mühe nur sehr gering geblieben; denn die Lebensmittelwucherer feiern nach wie vor ihre Orgien und beuten die Not des Volkes in der schändlichsten Weise aus.

Diese Mißerfolge im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher haben in weiten Kreisen der Bevölkerung eine hochgradige Hoffnungslosigkeit erzeugt. Man verzweifelt vielfach daran, daß es den behördlichen Maßnahmen gelingen könnte, das Publikum gegen die Wutgier wirksam zu schützen. Man wirft deshalb die Flinte ins Korn und fordert einen Bruch mit dem jetzigen System: Es sei besser, wenn der Staat seine Hände aus der Güterverteilung herausziehe und dem freien Handel wieder das Feld überlasse; denn schlimmer, als es heute sei, könne es dann auch nicht werden. Diesen Stimmungswechsel nützen die an den hohen Preisen Interessierten natürlich zu ihrem Vorteil aus; mit einem wahren Triumphgeheul weisen sie hin auf den Bankrott des „Kriegssozialismus“ und preisen demgegenüber die Vorzüge eines freien Spiels der Kräfte. Wenn Deutschland vor der vollständigen Auszehrung bewahrt bleiben solle, so müsse es zu der früheren Wirtschaftsfreiheit zurückkehren.

Diese Politik des Nihilismus würde natürlich erst recht unerträgliche Zustände schaffen. Es zeigt sich nämlich, daß überall dort, wo der freie Handel heute noch herrscht, eine unerhörte Preistreiberei einsetzt, die es den unbemittelten Volksschichten unmöglich macht, überhaupt die betreffenden Waren zu kaufen. Das würde noch viel schlimmer werden, wenn die freie Konkurrenz auf der ganzen Linie wieder hergestellt würde. Die Produzenten und Händler, die kein direktes Interesse daran haben, die Volksmassen mit Lebensmitteln zu versorgen, sondern die lediglich die Absicht haben, möglichst viel Geld zu verdienen, würden selbstverständlich die Warenknappheit zum Vorteil ihres Geldbeutels in der rücksichtslosesten Weise ausnützen. Sie würden ungeheure Gewinne einheimen und die große Masse der Verbraucher müßte den Hungerriemen noch fester schnallen. Darum wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn der Staat aus Verzweiflung über jene bisherigen Mißerfolge den Lebensmittelwucherern das Feld räumen wollte. Im Gegenteil ist es seine Pflicht, noch viel schärfer zuzupacken und auch vor den härtesten Maßregeln nicht zurückzuschrecken. Es steht ja die Existenz und die Zukunft des deutschen Volkes auf dem Spiele, und es wäre wirklich der Gipfelpunkt der Schande, wenn Deutschland, das dem Ansturm der äußeren Feinde siegreich standgehalten hat, durch das Gebaren der inneren Feinde, der Lebensmittelwucherer, zur Hebergabe gezwungen werden sollte.

Bislang haben Behörden und Gerichte gegen die Lebensmittelwucherer im allgemeinen noch eine allzu große Milde walten lassen. Alle jene Personen und Gruppen, die durch Erzielung übermäßiger Gewinne die Not des Volkes steigern, müssen die Strenge der Gesehe spüren. Die lächerlich geringen Strafen, auf die vielfach erkannt wird, wirken keineswegs abschreckend. Es sind meistens Geldstrafen, die in gar keinem Verhältnis stehen zu

der Höhe der erzielten Gewinne. Neben hohen Geldstrafen müßten die Volksausbeuter mit ganz empfindlichen Freiheitsstrafen belegt werden, wozu dann noch Ehrverlust und die öffentliche Brandmarkung sowie die Einziehung der noch vorhandenen Vorräte kommen müßte. Die Geldstrafen müßten in deutlich erkennbarer Weise zur Vinderung der vorhandenen Massennot verwendet werden und auch die beschlagnahmten Vorräte wären den minderbemittelten Volksschichten zu billigen Preisen zu überlassen. Überall dort, wo sich Lebensmittelwucherer bemerkbar machen, muß er in der Wurzel erstickt werden. Das Fördern übermäßiger Preise muß ebenso bestraft werden, wie das Bieten solcher Preise; denn letzteres ist bekanntlich ein großer Anreiz zum Wuchern. Als eine dringende Notwendigkeit hat sich auch die Beschlagnahme und Enteignung zurückgehaltener und auf Schleichwegen erworbener Waren herausgestellt, wobei die Mitwirkung des Publikums nicht entbehrt werden kann. Ebenso erscheint es angebracht, daß sich die Behörden einmal um die Vertriebe kümmern, die sich mit der Verarbeitung von Lebensmitteln befassen und dabei ungeheure Gewinne erzielen, während das Volk diese Waren nicht kaufen kann. Es ist eine völlig verkehrte Methode, Personen und Gesellschaften die Möglichkeit zu geben, auf Kosten der Volksernährung hohe Gewinne einzuhemmen und ihnen hinterher einen Teil davon auf dem Wege der Besteuerung wieder abzuziehen; viel richtiger ist es, solche Gewinne von vornherein unmöglich zu machen, damit billigere Waren auf dem Markt kommen.

Offenbar ist Gefahr im Verzug, denn das Wohl unseres Volkes steht auf dem Spiele. Der Staat und seine Organe müssen sich entscheiden, ob sie noch immer Rücksicht nehmen wollen auf die einflussreiche Landwirtschaft, das mächtige Unternehmertum und die Groß- und Kleinhändler, die sich so gern als die Stützen der heutigen Gesellschaftsordnung aufspielen, oder ob sie einen rücksichtslosen Kampf führen wollen gegen Lebensmittelwucherer und Volksberaubung. Man sollte wirklich meinen, daß die Entscheidung nicht schwer sein könnte.

Friedensvermittlungsversuche der Gewerkschaften.

Wie der „Vorwärts“ in seiner letzten Sonntagsnummer mitteilen konnte, hat der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Genosse Legien, in der Nacht vom 8. zum 9. Februar vom Präsidenten der American Federation of Labor, Gompers, folgendes Telegramm erhalten:

„Regien, Berlin. Können Sie nicht auf die deutsche Regierung einwirken, daß ein Bruch mit den Vereinigten Staaten vermieden und hierdurch ein allgemeiner Konflikt verhindert wird?“

Am 9. Februar ist die folgende Antwort auf das Telegramm an Gompers abgegangen:

Gompers Ael Washington.

Die deutsche Arbeiterklasse hat seit Kriegsbeginn für den Frieden gewirkt und ist gegen jede Kriegserweiterung. Die Ablehnung des deutschen aufrichtigen Angebots sofortiger Friedensverhandlungen, die Fortsetzung des grausamen Hungerkrieges gegen unsere Frauen, Kinder und Greise, des Feindes offen eingestandene auf Deutschlands Vernichtung gerichtete Kriegsziele, haben die Verschärfung des Krieges herausgefordert. Eine Einwirkung meinerseits auf die Regierung ist nur erfolgversprechend, wenn Amerika England zur Einstellung des völkerrechtswidrigen Hungerkrieges ver-

anlaßt. Ich appelliere an die amerikanische Arbeitererschaft, sich nicht als Werkzeug der Kriegsheher gebrauchen zu lassen und nicht durch Befahren der Kriegszone den Krieg zu erweitern. Die internationale Arbeitererschaft muß unerzitterlich für sofortigen Frieden wirken. Karl Regien."

Durch Rückfrage ist festgestellt, daß dieses Telegramm in den Vereinigten Staaten angekommen ist.

Die Kosten des Weltkrieges.

Es sind ungeheure Opfer, die der furchtbare Weltkrieg der gequälten Menschheit auferlegt. Das Leben von Millionen von Männern in der Blüte ihrer Kraft hat er vernichtet; andere Millionen verstückelt oder in ihrer Kraft gemindert. Und von denen, die heimkehren werden, werden die meisten nur zu bald erfahren, daß auch sie an ihrer Gesundheit Schäden gelitten haben. Das kann ja auch gar nicht anders sein, denn den Strapazen dieses Krieges vermag auch der stärkste, abgehärtetste Körper auf die Dauer nicht zu widerstehen.

Neben der Zerstörung von Menschenleben und -gesundheit hat der Krieg aber auch unermessliche Werte vernichtet, und zwar Werte, die in einem Menschenalter nicht, andere überhaupt nicht wieder ersetzt werden können.

Und zu diesem furchtbaren Zerstörungswert kommen noch die gewaltigen Kosten des Krieges. Nach einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ hatten diese bereits bis Ende Januar 1917 folgende Höhe erreicht:

(In Milliarden Mark)		Entente:	
Deutschland	55—60	England	70—74
Oesterreich-Ungarn	33—35	Frankreich	50—54
Türkei	3—4	Rußland	60—62
Bulgarien	2—3	Italien	15—16
		Belgien	1—2
		Serbien	1/2—1
		Rumänien	1/2—1
Zusammen 93—102		Zusammen 197—210	
Zusammen	290—312.		

Wenn früher, in allen Nationen, Mittel zu sozialen und kulturfördernden Zwecken gefordert wurden, so wurden die größten Schwierigkeiten bereitet und ihre Ablehnung mit der Unmöglichkeit ihrer Aufbringung begründet. Der Krieg aber hat bereits jetzt die fabelhafte Summe von 290 bis 312 Milliarden verschlungen, und zwar zur Zerstörung von Kulturwerten. Was hätte mit diesen Mitteln, ja nur einem Teile derselben, nicht alles geleistet werden können, um die Menschheit glücklich zu machen.

Bericht über die Sitzung der Zentralkarifikommission für das Lederaus- rüstungsgewerbe.

Die Sitzung am 9. Februar 1917 wurde wie bisher in der Berliner Handelskammer abgehalten und um 5 Uhr nachmittags von ihrem Vorsitzenden Herrn Syndikus Meher eröffnet. Außerdem sind anwesend: als Mitglieder der Kommission die Herren Bachhaus, Busse und Mühlensfeld (Arbeitgebermitglieder), Herrmann, Kiedel und Woith (Arbeitnehmermitglieder), vom Verband der Sattler und Portefeuller die Herren Blum, Schulze und Hauptmann, vom Hirsch-Dunderlöcher Gewerbeverein Herr Sturm, als Zuhörer die Herren Cobau, Eckart, Ganzenmüller, Mansfeld, Reinhardt.

Zur Tagesordnung stand zunächst der Antrag des Vorstandes des Verbandes der Sattler und Portefeuller, die Mindeststundenlöhne des Reichstarifs laut § 3c zu erhöhen, und zwar um 6 Pf. für die Sattler und 4 Pf. für alle übrigen männlichen und weiblichen Sparten. Bereits in der Sitzung vom 8. Dezember 1916 wurde seitens unserer Organisationsvertreter darauf verwiesen, daß im Januar 1917 eine Revision der Stundenlöhne stattzufinden habe. Die Arbeitgeber glaubten, die Angelegenheit sei durch die Gewährung der Feuerungs- zulage erledigt. Durch unseren Widerspruch wurde die Sache auf die heutige Sitzung verlagert. Unser Kollege Blum nahm zur Begründung unseres Antrages das Wort und verwies zunächst auf das Fehlen einer Bestimmung im Reichstarif, wonach sich in bestimmten Zeiträumen der Mindestlohn automatisch erhöht, wie das in vielen anderen Tarifen der Fall sei. In Ergänzung dessen sei die Bestimmung § 3c geschaffen worden. Die Behauptung vieler Arbeitgeber, daß die Mindestlöhne meist überschritten waren und nur in einzelnen Fällen noch in Frage kommen könnten, wurde durch unsere Erhebung widerlegt. Aus dem Auszug der durch diese Statistik gewonnenen Einzelergebnisse, der auch den Arbeitgebern unterbreitet wurde, ist zu ersehen, daß noch 28 Proz.

der Befragten nicht, zum Teil auch noch weniger als den Mindestlohn erhalten.

Art des Arbeitsverhältnisses	Zahl der beteiligten			Es wird gezahlt	
	Direkte	Betriebe	Personen	nicht mehr als der Mindestlohn	über dem
Gelernte Sattler über 20 Jahre	33	102	476	108	368
Gelernte Sattler unter 20 Jahren	13	24	48	19	29
Hilfsarbeiter über 20 Jahre	20	47	160	37	123
Hilfsarbeiter über 17 Jahre	13	19	39	17	22
Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre	20	54	425	93	332
Verlepperinnen	9	81	108	39	69
Sonstige Maschinenbedienerinnen	15	39	117	30	87
Handarbeiterinnen (Nadel und Nähn)	7	10	16	61	5
Zusammen	35	124	1439	404	1035

Das Ergebnis wäre ohne allem Zweifel noch ungenügender, wenn die Frühlingsbetriebe mehr erfaßt worden wären. Namentlich arbeiten die Betriebe mit weiblichen Hilfskräften mit den niedrigsten Löhnen. Vielfach sei auch bei den Arbeitgebern die vollkommen irrige Ansicht vertreten, daß sie laut Lieferungsvertrag nicht höhere Löhne als den Mindeststundenlohn zahlen dürfen. (Siehe weiter unten.) Von Seiten der Herren Arbeitgeber wurde darauf verwiesen, daß es zu großer Beunruhigung führen werde, wenn jetzt schon wieder die Löhne erhöht würden, nachdem kaum die Feuerungszulage ins Land gegangen sei. Auch hätten die Unternehmer für ihre Produkte noch keine Erhöhung von der Heeresverwaltung erhalten. Herr Bachhaus gab uns den Rat, auf eine Erhöhung der Löhne zu dringen, die nicht den Mindestlohn erreichen. Unsererseits wurde darauf verwiesen, daß wir überall das Bestreben gezeigt hätten, die Mindestlöhne für eingelernte Arbeiter und Arbeiterinnen zu beseitigen, daß aber die Unternehmer mit allen möglichen Mitteln die berechtigten Forderungen der Arbeiter bekämpften.

Nach längerer Diskussion und getrennten Beratungen einigte man sich auf den Vorschlag des Vorsitzenden, die Verhandlungen über die Erhöhung der Stundenlöhne im April vorzunehmen. Die etwaige Erhöhung soll alsdann mit Wirkung von Anfang Juni ab erfolgen.

Gauweiler Kollege Karl Schneider hatte gegen ein Urteil der Elberfelder Schlichtungskommission Berufung eingelegt, weil diese es ablehnt, für Tornisterreparaturen die Teilpreise des neuen Tornisters anzuerkennen. Beschlossen wurde, dem Antragsteller zu schreiben:

„Die Zentralkarifikommission ist aus prozessualen Gründen nicht in der Lage, Ihrer Berufung gegen die Entscheidung der dortigen Schlichtungskommission vom 5. Dezember 1916 zurzeit näherzutreten, da die Berufung erst zulässig ist, nachdem zu den Beratungen der Schlichtungskommission ein Gewerberichter als unparteiischer Vorsitzender zugezogen worden ist (vgl. Nr. 6a des Reichstarifs). Auf diese Voraussetzung kann auch dann nicht verzichtet werden, wenn das Stimmverhältnis in der Schlichtungskommission nicht 2 zu 2, sondern 3 gegen 1 gewesen ist, denn es besteht sehr wohl die Möglichkeit, daß es dem Unparteiischen gelingt, eine Verständigung zu erzielen.“

Wir raten Ihnen also, bei der dortigen Schlichtungskommission das hiernach Erforderliche zu veranlassen.

Unverbindlich fügen wir hinzu, daß diesseits die Schwierigkeit von Instandsetzungsarbeiten anerkannt wird und es sich deshalb empfehlen dürfte, die Affordlöhne dafür so festzusetzen, daß sie ungefähr den Verdiensten der Affordlöhne des Reichstarifs entsprechen. Wir geben Ihnen anheim, von dieser unserer Auffassung in den weiteren Verhandlungen vor der Schlichtungskommission Gebrauch zu machen.“

Von der Artilleriewerkstatt in Spandau lag ein Schreiben vor, in dem die Zentralkarifikommission ersucht wurde, sich gutachtlich zu äußern über die Höhe der Stücklöhne für Maharbeiten. Es wurde entschieden, der Artilleriewerkstatt Spandau ist wie folgt zu schreiben:

„Auf das gefällige Schreiben vom 22. v. M. — Briefbuch Nr. 63 600 I 17 II A — erwidern wir ergebend, daß die Stellungnahme zu dem uns über- sandten Stücklohnverzeichnis eine genaue Prüfung im einzelnen erfordert. Sie kann deshalb nicht ohne Beschäftigung jedes in Betracht kommenden Gegenstandes erfolgen; des ferneren ist dafür ein Zusammenwirken aller beteiligten Kreise notwendig. Wir gestatten uns zu empfehlen, das Verzeichnis einem fachmännischen Ausschusse vorzulegen, zu welchem außer Vertretern der Artilleriewerkstatt Vertreter unserer Kommission und der Schlichtungskommission für das Schneidergewerbe hinzuzuziehen wären. Als Vertreter unserer Kommission benennen wir die Herren Eckart, in Firma Emile de la Croix Nachf., in Berlin, Charlauer Straße 3, Bruno Wiedemann, in Berlin, Am Nordhafen 6 (Arbeitgeber), Alfred Kiedel, Berlin, Rüdendstraße 10b, und Fritz Fuchs, Berlin, Behmestraße 2 (Arbeitnehmer).“

Hierauf erfolgte die Feststellung der in der Vorbesprechung schon festgelegten Stücklöhne für diverse Artikel, welche im Nachtrag 10 bereits in voriger Nummer unserer Zeitung veröffentlicht wurde.

Die Ortszusätze für Neumischel werden auf 15 Proz. und für Penig und Zeitz auf 10 Proz. bemessen.

Dem Rechtsanwalt Hans Schubert, München, Müllerstraße 34, ist wie folgt zu schreiben:

„Auf Ihr Schreiben vom 23. v. M. erwidern wir Ihnen ergebend, daß die Zentralkarifikommission gemäß Ziffer 6a des Reichstarifs die letzte Instanz in Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist, sofern das Verfahren den dortigen Bestimmungen entspricht. In Fällen, in denen ein anderes Verfahren gewählt wird, kann sie eine gutachtliche Tätigkeit für eine Partei nicht ausüben. Wir sind daher nicht in der Lage, unsererseits die an uns gestellten Fragen zu beantworten. Wir haben jedoch, da bei dem Rechtsstreit einige leicht zu beseitigende Mißverständnisse obwalten, Ihre Anfrage der Auskunftsstelle für das Lederausüstungsgewerbe in Berlin SW. 68, Zimmerstraße 3—4, zugehen lassen und ihr die Beantwortung anheimgestellt.“

Die Firma Lejher u. Co., Köln-Nippes, beschwerte sich bei der Zentralkarifikommission, daß die Firma Biffing die Lieferungsbedingungen verletze, indem sie höhere Löhne zahle (gemeint sind Zeitlöhne von 1,20 Mk. u. dergl.) als der Reichstarif vorsehe, in der Auffassung, daß die Mindeststundenlöhne Maximallöhne seien. Es wurde beschlossen, der Firma zu schreiben:

„Auf Ihr Schreiben vom 31. v. M. erwidern wir Ihnen, daß, wenn Unternehmer die Lieferungsbedingungen einer Militärbehörde verletzen, die Beschwerden hierüber nicht an uns, sondern an die zuständige Militärbehörde zu richten sind. Im übrigen ist die Zentralkarifikommission der Ansicht, daß die von Ihnen gekennzeichneten Löhne, welche seitens des Sattlermeisters Biffing gezahlt werden, nicht übermäßig hoch sind. Ihre Voraussetzung, daß nur Mindeststundenlöhne gezahlt werden sollen, ist unzutreffend.“

Der Firma P u. Co. G. m. b. H. in Mfona- tbe ist wie folgt zu schreiben:

„Auf das Schreiben vom 25. v. M. erwidern wir Ihnen, daß die in Ihrem Betriebe mit dem Drehen von Lederarbeiten beschäftigten Drechsler dem Reichstarif für das Lederausüstungsgewerbe nicht unterstehen.“

Außerhalb der Tagesordnung wurde durch Kollegen Blum über den Stand unserer Eingabe beim Kriegsamt berichtet. Der gemeinschaftlich eingereichte Antrag, die Schlichtungskommission unseres Reichstarifs noch als Instanz anzuerkennen für Differenzen, die sich aus der Verweigerung des Abkehrcheines ergeben, ist abgelehnt worden. Betreffend die Reklamation von Sattlern für die Lederausüstungsbetriebe wurde beschlossen, daß Herr Mühlensfeld mit Blum nochmals beim Kriegsamt vorstellig werden sollen, was inzwischen erfolgt ist. Demzufolge werden also die Arbeitgeber, welche mit Aufträgen versehen sind, im Bedarfsfalle Sattler reklamieren mit Berufung auf die Entscheidung des Kriegsammtes. Siehe auch Nr. 3 unserer Zeitung. In der Frage, ob die Sattler als Schwerearbeiter anzusehen sind, wurde eine neue Eingabe vereinbart, so daß zu hoffen steht, daß gewisse Sparten unseres Berufes als Schwer- oder als Schwerarbeiter anerkannt werden.

Die Banken im modernen Wirtschaftsleben.

(IK) Daß Arbeit den entscheidendsten Faktor in der Erzeugung der wirtschaftlichen Güter bildet — diese Erkenntnis ist heutzutage dermaßen verbreitet und jedermann so geläufig, daß man sie wirklich nicht mehr aus nationalökonomischen Lehrbüchern zu holen braucht. Und doch hat es Zeiten gegeben, in denen diese nationalökonomische Wahrheit, die heutzutage jedermann aus der unmittelbaren Erfahrung zu kennen glaubt, nicht so ganz ohne weiteres einleuchtete und vielfach auch ganz unbeachtet wurde, nicht etwa weil man sie völlig verkannte, sondern weil das Augenmerk auf eine andere Quelle des natürlichen Reichtums, auf den Grund und Boden gerichtet war. Aus mannigfachen historischen und sozialen Gründen, die hier nicht weiter untersucht und erörtert werden können, hat im 18. Jahrhundert die sogenannte physischökonomische Schule, mit Quosnach an der Spitze, ihr hauptsächlichstes Interesse den natürlichen Kräften der uns alle ernährenden Erde zugewendet, so daß sie darüber die Bedeutung der gestaltenden und umbildenden menschlichen Arbeit, wenn nicht ganz außer acht ließ, so doch jedenfalls in den Hintergrund drängte. Dies war gewiß eine etwas einseitige Auffassung, aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß auch wir in denselben Fehler der Einseitigkeit verfallen, indem wir, von den Vorurteilen einer vorwiegend industria-

stischen Epoche geleitet, auf den produktiven Wert der rein industriellen Arbeit allzugroßen Nachdruck legen, und uns unsererseits sehr geneigt zeigen, der Bedeutung der Bodenkräfte wenig Beachtung zu schenken.

Wie dem auch sei, dürfte es doch jedermann klar sein, daß Erde und Arbeit die natürlichen Faktoren in der Erzeugung der wirtschaftlichen Güter darstellen, und in der Tat werden sie als solche heutzutage von niemandem verkannt. Neben diesen natürlichen Faktoren aber hat in unserer modernen, vorwiegend industriellen Epoche ein anderer, künstlicher Faktor, das Kapital, eine hervorragende, wenn nicht die hervorragendste Bedeutung erlangt. Die besondere Bedeutung dieses künstlichen Faktors liegt zu ihrem größten Teile in den besonderen Besitz- und Eigentumsverhältnissen, wie in der eigentlichen wirtschaftlichen Struktur unserer modernen Gesellschaft begründet, die einerseits auf Privateigentum basiert und andererseits fast ausschließlich auf Warenproduktion eingestellt ist. Die Herrschaft des Privateigentums bringt es mit sich, daß der Besitzer der Arbeits- und Unternehmungskraft sehr oft zu den nötigen Produktionsmitteln, wie Geräte, Werkzeuge und Maschinen und zu den zu bearbeitenden Stoffen, keinen Zutritt hat, und die Herrschaft der Warenwirtschaft bringt es andererseits mit sich, daß die zur Herstellung irgendeines wirtschaftlichen Gutes erforderlichen Elemente und Faktoren in verschiedenen Händen liegen und auf verschiedene Wirtschaftsobjekte verteilt sind. Wenn also der von den nötigen Stoffen und Produktionsmitteln getrennte Besitzer der Arbeits- und Unternehmungskraft sich alle diese für die Herstellung eines wirtschaftlichen Gutes unentbehrlichen Elemente und Faktoren verschaffen will, so muß er sie jetzt von diesen verschiedenen Wirtschaftssubjekten, den Warenbesitzern, erhalten, und in Ersatz dafür muß er ihnen ebenfalls eine Ware anbieten, aber eine solche, die von allgemeiner, unbedingter Geltung ist, und für alle den gleichen Wert hat. Eine solche Ware ist also Geld, mit anderen Worten das Kapital, richtiger das Finanzkapital. Man begreift jetzt, warum das Kapital in unserer Epoche diese entscheidende und maßgebende Rolle zu spielen beginnt, denn dieses liefert oft den einzig möglichen Angriffspunkt für die Hebel der Arbeit und der Unternehmung, ohne welchen diese letzteren ins Leere gegriffen hätten.

Wenn das Kapital nimmt je nach der Art seiner Verwendung verschiedene Formen an. Wird das Geld in Produktionsmittel, in Geräte, Maschinen und Fabrikbauten behufs Herstellung einer Ware investiert, so wird es als Industriefinanzkapital bezeichnet, wird das Geld für den Ankauf von Waren behufs ihres Wiederverkaufs verwendet, so wird es Handelskapital genannt, und wird es schließlich zu Leihzwecken gebraucht, so wird es als Finanzkapital charakterisiert.

Bei diesem letzteren Punkt, bei dem Finanzkapital nämlich, möchten wir hier in diesem Zusammenhange etwas länger verweilen. Wie wir vorhin gesehen haben, bringen es die in unserer Warenwirtschaft herrschenden Zustände mit sich, daß ein Besitzer von Arbeits- und Unternehmungskraft sich sehr oft in der Lage eines Menschen erweist, der bei all seiner Tatkraft und all seinem Willen zur Arbeit, dazu verurteilt ist, die Hände müßig in den Schoß zu legen, weil er für seine Arbeitskraft nicht den nötigen Angriffspunkt besitzt, weil ihm das Geld zur Beschaffung aller zur Herstellung eines Gutes erforderlichen Mittel fehlt. Aus diesem gesellschaftlichen Bedürfnisse heraus sind im Laufe der Zeit besondere Institutionen entstanden, die sich die Aufgabe stellen, den mittellosen Besitzern von Unternehmungskraft das nötige Geld zu verschaffen. Solche Institutionen oder Kreditanstalten nennen wir Banken, und das in diesen Institutionen angelegte Kapital nennen wir Finanzkapital.

Nicht immer waren die Banken das, was sie jetzt sind, denn nicht immer dienten sie dem Bedürfnisse nach Geld in diesem Maße, wie sie es jetzt tun, weil sie eben das Bedürfnis nicht immer mit dieser Schärfe geltend machte, wie es heutzutage der Fall ist. In früheren Zeiten waren die Banken nicht in diesem Grade darauf eingestellt, die unternehmungslustigen Mitglieder der Gesellschaft mit den nötigen Geldmitteln zu versorgen, und dementsprechend spielten sie auch im wirtschaftlichen Leben eines Landes nicht im entferntesten diese Rolle, wie es heutzutage der Fall ist. Die Banken beschäftigten sich vornehmlich mit dem Diskontieren von Wechseln. Wenn ein Inhaber eines Wechsels diesen noch vor dem Ablauf der in ihm festgesetzten Frist einlösen will, der legt ihn am besten einer Bank vor, die von der im Wechsel bezeichneter Summe den Prozentsatz für die bis zur Frist fehlenden Monate abzieht, und den Rest dem Inhaber einhändigt. Den abgezogenen Betrag nimmt die Bank als Entschädigung für ihren Vorstoß und für ihr Risiko in Anspruch. Mit solchen Diskontierungen, die heute keineswegs zu den wesentlichen Funktionen

der Bank gehören, gaben sich die Banken in früheren Zeiten fast ausschließlich ab. Gingen sie heute die Kreditierung im Vordergrund des Interesses bei der Bank, und dementsprechend hat sich das Leihkapital zu einer Bedeutung emporgeschungen, die man früher kaum ahnen konnte. Vermöge dieser Kreditfunktion stehen heute die Banken im rechten Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens der kapitalistisch entwickelten Länder, denn die Banken, wenigstens die großen unter ihnen, die sich in den letzten Perioden zu gewaltigen Kapitalreservoirs herausgebildet haben, deren Kanäle alle möglichen Unternehmungs- und Geschäftszweige speisen, so hängt es letzten Endes von ihnen ab, in welchem Umfange die Produktion in dem betreffenden kapitalistisch entwickelten Lande vorgenommen werden soll und nicht nur über den Umfang, sondern auch über Beschaffenheit und die Art der Produktion entscheiden die Banken letzten Endes, denn wie die Banken das Produktionswesen leiten, so können sie auch darüber bestimmen, was produziert werden soll.

Wären die Banken bisher fast ausschließlich in der Rolle von Vermittlern tätig, so führte der natürliche Gang der industriellen Entwicklung notwendig dazu, daß sie mit der Zeit als selbständige Unternehmer auftraten, und das angesammelte Kapital in unvermittelter Weise zur Schaffung von Industriezweigen verwendeten. Dieser Uebergang zu selbständigen Unternehmungen erweiterte den Machtbereich der Banken, ohne natürlich ihrer Rolle als Regulatoren der Produktion irgendwelchen Abbruch zu tun.

Dem deutschen Nationalökonom Lujo Brentano gebührt das Verdienst, auf die ausschlaggebende Bedeutung des Finanzkapitals in unserem modernen Wirtschaftsleben zuerst hingewiesen zu haben. Vor Brentano war man sich dessen nicht klar bewußt. Allzu sehr war man noch in den marxistischen Anschauungen befangen, daß das industrielle Kapital, will sagen das in Produktionsmitteln investierte Kapital, die eigentliche Triebfeder des modernen Wirtschaftslebens bildet. Diese Anschauungen waren natürlich und auch zutreffend in den Zeiten, in denen Marx lebte. Damals hatte die Finanzkapital diese Macht über das wirtschaftliche Leben noch nicht erreicht, dann zeigte sich das Produktionswesen nicht in diesem Maße wie heute vom Bankwesen abhängig, denn die Dimensionen der damaligen Betriebe waren im Vergleich zu denen der Betriebe unserer Tage bescheiden genug. Eine Zeitlang war man in völkswirtschaftlichen Kreisen dazu geneigt, dem Handelskapital eine maßgebende Bedeutung beizumessen. Aber dann Brentano hat sich die Auffassung von der entscheidenden Rolle des Finanzkapitals im Wirtschaftsleben unserer Tage allgemein durchgesetzt.

Hus unferem Beruf.

Haifischeider. Angesichts der bestehenden Ledernot macht das Vereinigten-Staaten-Regierungsbureau of Fisheries Anfragen, die Häute der Haifische (wie dies angeblich in anderen Ländern bereits geschieht) zu Leder zu verarbeiten. Je größer die Fische, je wertvoller seien die Häute. Das Fischereibureau liefert den Fischern die Fangapparate, es hat die Leuchtumwächter zur Berichterstattung über das Vorhandensein von Haien aufgefördert und ladet Gerber, Lederhändler und Industrielle ein, mit ihm über diesen neuen Industriezweig zu korrespondieren. Haifische sind in amerikanischen Gewässern überaus zahlreich. Ganz große Exemplare seien besonders in den Gewässern der Provinz Florida heimisch.

Hus Industrie und Handel.

Größenentwicklung der amerikanischen Autoindustrie. Neben der ungeheuren Steigerung der Waffen- und Munitionsindustrie weist Amerika auch eine sehr starke Entwicklung der Autoindustrie auf. Der Plan amerikanischer Autoindustrieller geht dahin, möglichst gleich nach Beendigung des Weltkrieges das europäische Festland, einschließlich Deutschland, mit fertigen, dem Privatbedarf dienenden Personenautos zu überschwemmen, und die einheimische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Zeitungsnotizen zufolge sollen schon mehr als 100 000 derartige Fahrzeuge veränderlich zur Ueberfahrt nach Europa bereitstehen. Wenn auch im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten sehr viel an Uebertreibung geleistet wird, so ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, die der deutschen Kraftfahrzeugindustrie droht, wenn nicht rechtzeitig handelspolitische Maßnahmen vorbereitet und in technischer Beziehung alles aufgeboten wird, den blühenden Industriezweig der amerikanischen Konkurrenz gegenüber, auf der Höhe zu halten. In welchem Maße die amerikanische Autoindustrie in den letzten beiden Jahren sich entwickelt hat und welche Vorbereitungen zu ihrer weiteren Entfaltung getroffen werden, dazu als Ergänzung zu unseren früheren Mitteilungen noch einige Ziffern:

Die Willy Overland Gesellschaft beabsichtigt, 300 000 Automobile der Modelle 1917 fertigzustellen. Die Maxwell-Fabrik kann jetzt auch bereits 100 000 Automobile im Jahre erzeugen, nachdem ihre Anlagen zu Dayton, Newcastle und Detroit erheblich vergrößert worden sind. Die Firma hatte im Geschäftsjahr 1915/16 einen Gewinn, der um 135 Proz. höher als im Vorjahre und um 260 Proz. höher als vor zwei Jahren war. Am Ende des dritten Geschäftsjahres betragen die reinen Betriebseinnahmen der Gesellschaft und ihrer Zweigfabriken 11 176 783 Dollar, d. h. um 5 Millionen Dollar mehr als am Ende des ersten Geschäftsjahres.

Eine der bedeutendsten amerikanischen Reifenfabriken ist jene von Firestone zu Akron (Ohio). Es werden dort täglich 12 000 Reifen erzeugt. Die Firma läßt jetzt ein modern eingerichtetes Klubhaus für die Fabrikangestellten bauen. Im ersten und zweiten Stockwerk werden Speiseräume angelegt, im Erdgeschob wird eine große Schwimmhalle gebaut, ferner Dusch- und mehrere Regelbahnen. Im dritten Stockwerk werden sich Klub- und Leseräume sowie ein Vortragssaal befinden. Die Reifenfabrik hat ferner ein großes Grundstück angekauft, auf dem sie eine Firestone-Bank errichten läßt, die es den Angestellten erleichtern soll, sich Familienhäuser zu bauen.

Studebaker will 1 1/2 Millionen Dollar für Erweiterung seiner Fabriken in Detroit und South-Bend aufwenden. Wenn diese Bauten fertiggestellt sind, werden die Fabriken zusammen Automobile im Werte von 100 Millionen Dollar im Jahre fertigstellen. 1911 setzte Studebaker 22 555 Automobile im Werte von 28 487 000 Dollar ab, 1915 wurden schon 46 850 Automobile im Werte von 56 539 000 Dollar verkauft, und für 1916 schätzt man die Zahl der zum Verkauf gelangten Automobile auf 75 000. Sie dürften einen Gesamtwert von 70 000 000 Dollar haben. In den Neubauten der Fabrik zu South-Bend wird der Arbeiterstand um 1000 Mann erhöht, zu Detroit werden 7000 Arbeiter tätig sein.

Die Spicer Manufacturing Co. in Plainfield, die größte Fabrik für Kardangelente, die neun verschiedene Arten von Kardangelenten für die ganze Welt erzeugt, soll pro 1917 nicht weniger als 700 000 Stück auf den Markt bringen.

Der Direktor der Briscoe Motor Corporation sagt voraus, daß in den Vereinigten Staaten mit dem 1. Juli 1919 nicht weniger als fünf Millionen Automobile in Benutzung sein werden. Er geht bei seiner Berechnung von der Tatsache aus, daß man derzeit in den Vereinigten Staaten dreieinhalb Millionen Automobile zählt. Wenn man hiervon die Modelle 1911 abzieht, die im Verlaufe des Jahres als unverwendbar ausscheiden, so dürften zu Beginn des Jahres 1917 rund 3 300 000 Automobile im Verkehr sein. Für das Jahr 1917, so schreibt Mrs. Briscoe, müssen wir die Wagen vor: 1912 in Abzug bringen (rund 400 000) und die Erzeugung pro 1917 mit wahrscheinlich 1 100 000 Wagen dazuschlagen. Dies ergibt am Ende des Jahres 1917 rund vier Millionen Automobile. Für Ende 1918 zieht Mrs. Briscoe die Produktion von 1913 in der Höhe von rund 500 000 Wagen ab und zählt 1 500 000 Fahrzeuge als laufende Produktion hinzu, so daß also eine weitere Steigerung um eine Million Automobile erfolgt.

In Cleveland (Ohio) wurde die Verschmelzung zweier großer industrieller Unternehmungen, der Perfection Spring Company und der Standard Welding Company vollzogen. Dadurch wurde eines der größten Unternehmen geschaffen, das sich speziell mit der Herstellung von Automobilbestandteilen, Zubehör, Wagenfedern und Felgen befaßt. Die Standard Welding Company erzeugte bisher im Jahre Stahlrohre in einer Gesamtlänge von ungefähr 50 Millionen Fuß, überdies rund eine Million Felgen für Automobile, Motorräder und Fahrräder.

Am 1. November 1916 wurde in New York eine neue Gesellschaft mit einem Kapital von 100 Millionen Dollar gegründet, die an Stelle der jetzigen General Motors Company mit dem Namen General Motors Company führt. Die neue Korporation hat für das Fiskaljahr, das mit Ende Juli 1916 schließt, einen Reingewinn von 27 740 596 Dollar zu verzeichnen, was einer Verzinsung des Aktienkapitals von 168,61 Proz. entspricht. Die Erzeugungsmöglichkeit aller der neuen Korporationen angehörenden Fabriken wird auf 139 000 Wagen pro Jahr geschätzt. Die Fabrikanlagen, über die die General Motors Corporation verfügt, haben ein Gesamtareal von 3 711 000 Quadratfuß.

Ein Automobil auf je 32 Einwohner kommt nach der letzten Berechnung im Staate New York. Es wurden dort mehr als 300 000 Wagen gezählt. Davon waren 267 825 Personenaufmobile, 32 942 Nutzwagen und 2456 leichte Lieferwagen. Die Mehrzahl hatte einen Motor bis zu 25 PS., 82 191 gehörten in die Klasse von 25 bis 35 PS., 23 411 in jene von 35 bis 50 PS. und 1001 Stück in die Klasse über 50 PS.

Rechtssprechung.

Das Testament eines Soldaten bedarf der Unterschrift. Der Landsturmann Otto B. errichtete im Felde ein Testament, das mit den Worten begann: „Ich, Otto B. . . , setze meine Frau . . . als Universalerbin ein.“ Das Testament trug unter dem Text das Datum „Muzland, den . . .“ und trug keine Unterschrift. Unter dem Datum stand lediglich die Beglaubigung des Kompagnieführers, daß das Kriegstestament von dem Landsturmann Otto B. . . geschrieben sei. Das Testament wurde angefochten; alle Instanzen, auch das Kammergericht, haben es für formungültig und daher für nichtig erklärt. Das Kammergericht führte in seiner Entscheidung, der „Deutschen Juristenzeitung“ zufolge, aus, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen auch bei privilegierten Militärtestamenten eine Unterschrift notwendig sei. Die Unterschrift des Kompagnieführers unter der Zusatzbeglaubigung kommt demnach nicht in Betracht. Es ist notwendig, daß die Schrift, die als „Unterschrift“ angesehen werden soll, die Erklärung des letzten Willens räumlich abschließt, ihren Text deckt und gegen spätere Zusätze schützt. Hierin fehlte es im vorliegenden Fall. Die Namensangabe des Erblassers im Eingang der Erklärung des letzten Willens kann eine solche Unterschrift nicht ersetzen. Dieser Mangel eines wesentlichen Formerfordernisses macht das Testament nichtig.

Nur mit dem Vornamen unterzeichnete Feldbriefe dagegen gelten nach Entscheidungen des Reichs- und Kammergerichts als letztwillige Verfügungen.

Soziales.

Arbeiterinnenschutz und Fabrikwohlfahrt in den Betrieben für Heeresbedarf. Das Arbeiterinnensekretariat der freien Gewerkschaften hat an das Kriegsamt eine Eingabe um Verstärkung des Arbeiterinnenschutzes in den für Heeresbedarf arbeitenden Betrieben gerichtet und dabei im Interesse der Volksgesundheit die folgenden Punkte hervorgehoben: „Die Art und Dauer der täglichen Beschäftigung und die Ernährung der Arbeiterinnen, sowie die Unterbringung und Versorgung der Kinder der in diesen Betrieben beschäftigten Frauen ist zu überwachen; die Ueberwachung wird durch vom Kriegsamt zu ernennende, sozial geschulte weibliche Personen ausgeübt; die Kosten für diese zum Schutze der Arbeiterinnen einzurichtende Betriebsaufsicht tragen die beteiligten Unternehmer.“ Die also vorgeschlagenen sozialgeschulten Frauen würden eine Zwischenstellung zwischen Gewerbeaufsicht und Fabrikpflege einnehmen. Die Tätigkeit soll sich im allgemeinen im Rahmen der Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten halten. In jedem Orte mit Betrieben, die für Heeresbedarf arbeiten, müßte mindestens eine solche Beamtin vorhanden sein. Die Beamtinnen müßten das Recht haben, mit den auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingeworbenen Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in Verbindung zu treten, deren Vorschläge entgegenzunehmen und auch ihrerseits Vorschläge für Verbesserungen der Betriebseinrichtungen zu machen. Nach Möglichkeit sollten für dieses Amt Arbeiterinnen und weibliche Angestellte bestellt werden.

Das Krankengeld des Kriegsteilnehmers. Ueber die Frage, ob Kriegsteilnehmer, welche sich freiwillig weiterversichert haben, bei Arbeitsunfähigkeit von der in Betracht kommenden Krankenkasse Krankengeld beanspruchen können, hatte das Reichsversicherungsamt zu befinden. N., welcher vor Kriegsbeginn einer Krankenkasse als versicherungspflichtiges Mitglied angehörte, hatte sich freiwillig bei der bestehenden Krankenkasse versichert, nachdem er zum Heere einberufen worden war. Als er im Felde von einer Krankheit heimgeführt und schließlich erwerbsunfähig wurde, stellte er bei der Kasse den Antrag, ihm Krankengeld zu gewähren; er wurde indessen von der Kasse abschlägig beschieden. N. wandte sich schließlich an das Reichsversicherungsamt, welches die Kasse zur Zahlung von Krankengeld an den erwerbsunfähigen Kriegsteilnehmer verurteilte und im wesentlichen geltend machte, der Anspruch von N. sei als gerechtfertigt anzusehen, da er der Kasse auch nach seiner Einberufung zum Heere freiwillig als Mitglied angehört habe. Für die Beurteilung sei dem Umstande, daß N. durch seine Einberufung zum Heere keine Einbuße an Arbeitsverdienst erlitten habe, keine Bedeutung beizumessen. Die Gewährung von Krankengeld trete bei dem Verlust der Arbeitsfähigkeit ein. Im vorliegenden Falle sei Arbeitsunfähigkeit anzunehmen, wie sich aus dem Gutachten eines ärztlichen Sachverständigen ergebe. Sei bei Wiederaufnahme der früheren Erwerbstätigkeit eine Verschlimmerung der Krankheit zu befürchten, so könne auch auf Arbeitsunfähigkeit geschlossen werden.

Rundschau.

Technik. Der Krieg hat uns auf dem Gebiete der Chemie und Technik manche Fortschritte gebracht. Diese Fortschritte dienen ja vor allem dem Kriegshandwerk, aber auch die anderen, die für

friedlichere Zwecke bestimmt sind, können uns nicht mit der reinen ungetriebenen Freude erfüllen, die natürlicherweise jeder geistige Fortschritt in uns wecken muß. Auch sie sind Kinder des Krieges, aus der Not geboren.

Nicht viel anders ist es mit der schaffenden Technik des Friedens. Auch ihr fehlt der edlere geistige Wert. Die Sucht nach Gewinn ist es, die sie vorwärts bringt. Neuzere Momente sind es hier wie dort, die zum Fortschreiten drängen. Für ein konstruierendes und experimentierendes Wirken und Schaffen aus dem Innern heraus ist in der heutigen Welt kein Raum. Und damit ist der Charakter all unserer Forschungserfolge nüchtern und kalt, ohne Seele.

Seele hat jeder Fortschritt nur, wenn die Seele es ist, die dazu getrieben hat, wenn das geistige Produkt ist ein Kind des reinen Dranges nach Wahrheit und Forschung im Sinne des Glückes des Ganzen. Nur der Mensch, der sich als Glied eines Ganzen fühlt und nicht anders kann, als sein ganzes inneres Ich diesem Ganzen zu geben, nur der Mensch vermag uns zu bringen ein vollwertiges, Geist und Herz erfreuendes Menschheitsgeschlecht.

Edel Kultur, bei der uns immer und immer wieder das Herz lacht vor Stolz und Glück, ist darum nur möglich in einer Welt innerlich freier und doch innerlich zusammengehaltener Menschen. In solcher Welt braucht niemand als peinlichen Beigeschmack zu empfinden den egoistischen Geist, der zu einer Erfindung geführt, in solcher Welt braucht niemand persönlichen Nachteil zu fürchten vor einer Neuerung, die einen technischen Fortschritt der Welt bedeutet. Der Geist ist dann nicht mehr ein Sklave des Geldes. Er ist der freie Herr der Welt, zu dem alle hinaufschauen als zu ihrem Befreier, und jeder neue Fortschritt in Technik und Wissenschaft bedeutet dann eine neue Stufe des gemeinsamen Glückes. Seele und Adel erfüllt dann jede neue Erfindung der Welt.

Der Abgeordnete Dr. Stresemann für kollektives Verhandeln. Bei der Beratung der Hilfsdienstpflicht spielte die Frage der Errichtung von Arbeiterauschüssen und Schiedsgerichten innerhalb der Eisenbahnbetriebe bekanntlich eine große Rolle. Die Regierung ließ durch den Mund des Staatssekretärs Dr. Helfferich erklären, daß das Gesetz gefährdet werde, wenn auch den Eisenbahnern das Recht zugestanden werde, auf Grund des Hilfsdienstgesetzes Arbeiterauschüsse und Schiedsgerichte bilden zu dürfen. Es kam in der Sitzung vom 30. November 1916 zu erregten Debatten. Im Verlauf derselben nahm auch der nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann das Wort, um für die Errichtung von Arbeiterauschüssen einzutreten. Dr. Stresemann ist Generalsekretär des Verbandes der sächsischen Industriellen; seine Ausführungen sind darum für die Arbeiter von besonderer Wichtigkeit, weshalb wir nachstehend die wichtigsten Stellen daraus wiedergeben wollen.

In der Tatsache, daß die Bestimmungen über die Errichtung von Arbeiterauschüssen mit in das Gesetz aufgenommen wurden, erblickt Dr. Stresemann den „Siegesszug des Organisationsgedankens“. Bei den Arbeitern sei der Gedanke, daß die in einem Betriebe vorhandenen Arbeiter durch einen Ausschuß über Fragen des Betriebes mit dem Unternehmer verhandeln sollten, wohl einhellig anerkannt worden. Unter den Unternehmern sei bis zur Gegenwart diese Einseitigkeit der Auffassung nicht vorhanden. „Aber wir können doch nicht daran vorbeigehen, daß unsere gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung uns heute zeigt, daß der Einzelvertrag des Arbeiters vollkommen in den Hintergrund tritt gegenüber dem Gesamtvertrag für ganze Kategorien von Arbeitern.“

Die Erfahrungen, die von den Industriellen, welche solche Arbeiterauschüsse eingeführt haben, gemacht wurden, seien auch von ihrem eigenen Standpunkt aus als gute zu bezeichnen: „Ich bin der Auffassung, daß der Autorität des Arbeitgebers dadurch kein Abbruch geschieht, daß er mit einem Ausschuß seiner Arbeiter verhandelt.“ Der Redner verließ unsere großen Industrieunternehmen mit großen Kommunen. Ebensovienig, wie man die Zehntauende von Einwohnern großer Städte ohne eine Vertretung lassen könne, dürfe man dies im Fabrikationsbetrieb gegenüber großen Scharen von Arbeitern tun.

Dr. Stresemann wies weiter darauf hin, daß das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst an

die „Entsagung der Arbeiterorganisationen“ doch größere Anforderungen stelle, die im Frieden „niemals von dieser Seite konzediert worden wären“. Zum Schluß seiner Rede sagte er: „Wir können doch an der Tatsache nicht vorbei, daß de facto zwei Grundlagen, die wir hochgehalten und in allen Friedenszeiten als unantastbar angesehen haben, nämlich das Recht der Freizügigkeit und das Recht der Arbeitseinstellung in Form eines Streiks, durch dieses Gesetz aufgehoben worden sind. Wenn die Arbeiterschaft dem zustimmt, und wenn ihre Organisationen dem zustimmen, um dem großen Zweck des Gesetzes zu dienen, dann haben sie andererseits auch das Recht, Skatelen dafür zu verlangen, daß sie ihrerseits, in andere Verhältnisse durch dieses Gesetz hineingetrieben, mit ihren Beschwerden und mit allen Wünschen zum Ausdruck kommen können. Das war der Gedanke, der meine politischen Freunde — ich glaube, mit ganz geringfügigen Ausnahmen, in unserer Fraktionsitzung wurde nicht ein einziger Widerspruch dagegen laut — veranlaßt hat, nun auch ihrerseits dem hier zum Ausdruck gebrachten Gedanken des Ausschusses so zuzustimmen, wie wir ihm in der Ausschusssitzung selbst bereits zugestimmt haben.“

Die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Stresemann sind, wie man sieht, sehr beachtlich, und die Vertreter der Arbeiter werden gut tun, sie sich zu merken. Er hat sich damit nicht bloß für die Arbeiterausschüsse, sondern für das kollektive Unterhandeln überhaupt ausgesprochen.

Wird er nun auch innerhalb der Unternehmerverbände in diesem Sinne wirken?

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die Ortsverwaltungen der Gaue Berlin, Görlitz und Hamburg werden erjudt die Fragebogen betr. Zählung der Betriebe im Sattler- und Portefeuller-Gewerbe und der darin im Januar 1917 beschäftigten Personen umgehend an den Vorstand Berlin SO. 16, Brüdenstr. 10b, einzusenden.

Die graue Karte für die Arbeitslosenzählung ist am 24. Februar auszufüllen und bis zum 4. März einzusenden.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Düsseldorf. K. M. Schönknecht, Garfowstr. 19 pt. Halle. B. Hermann Stage, Schillerstr. 37 I.

Sterbetafel.

Den Helbentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieber Friedrich Wendt, Kassel, 39 Jahre alt. Karl Schnebel, Berlin, 19 Jahre alt. Dresden. Im Alter von 37 Jahren ist das Mitglied Hermann Lehmann verstorben. Ehre ihrem Andenken!

Sattler und Zuschneider

auf dauernde Aufträge in Sätteln und Geschirren werden eingestellt.

Militär-Effekten-Fabrik Friedrich Erb G. m. b. H., Berlin SO. 16, Engelufer 4.

Tüchtige Sattler

für Militärarbeit gesucht. Friedr. Schrader, Hannover, Herzogstr. 6 I.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880. Preislisten S. P. gratis und franco.

Geübte Sattler

auf Koffer, Taschen und Militärarbeiten sofort gesucht. Lohmann-Werke A.-G. Bielefeld.